

datum

# Antrag

**der Fraktion der PIRATEN**

**Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen**

## Sachverhalt

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ist seit dem 1. November 1993 in Kraft. Die politische Motivation lag darin, keine Anreize für Einwanderung und Asylanträge zu schaffen. Demzufolge wurden im AsylbLG erheblich geringere Leistungen für Asylsuchende definiert, als sie anderen Menschen nach SGB II und XII zusteht. Das AsylbLG ist somit ein Sondergesetz für einen eng gefassten Personenkreis.

Am 18. Juli 2012 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass es unzulässig ist, die Menschenwürde zu relativieren und staatliche Leistungen zu begrenzen, um migrationspolitische Ziele zu verfolgen.

Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün bekennt sich die Koalition dazu, das Ziel zu verfolgen, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag "NRW wird sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes unter Wahrung der Kostenneutralität für Kommunen und Land einsetzen."

In der 903. Sitzung des Bundesrates am 23.11.2012 hat der Bundesrat einem Entschließungsantrag der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bremen zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht zugestimmt. Seitdem haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat jedoch geändert - zugunsten von Landesregierungen, die von politischen Parteien getragen werden, die eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes fordern. Eine erneute Initiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes hat daher nun Aussicht auf Erfolg.

## II. Der Landtag stellt fest

Das Asylbewerberleistungsgesetz benachteiligt Asylsuchende in diskriminierender Art und Weise. Es muss daher abgeschafft werden.

## III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

sich gemäß des Koalitionsvertrages für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und eine erneute Bundesratsinitiative zu starten, die eine Abschaffung zum Ziel hat.

\_\_\_\_\_  
Dr. Joachim Paul

\_\_\_\_\_  
Marc Olejak

\_\_\_\_\_  
Frank Herrmann

\_\_\_\_\_  
Simone Brand

und Fraktion